

■ SPD Kreistagsfraktion Borken

Elisabeth Lindenhahn

Rede der Vorsitzenden der SPD-Fraktion
im Kreistag Borken, Elisabeth Lindenhahn

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr. Weltweit dominiert die **Angst vor Terroranschlägen. Tödlicher Terror der auch in Deutschland verübt wurde.**

Es herrscht Ratlosigkeit, wenn uns die TV-Nachrichten die Bilder der hungernden, frierenden Menschen in den Kriegsgebieten zeigen. Es muss uns gelingen, Fluchtursachen wirksamer zu bekämpfen, sonst scheint Europa für viele der einzige Rettungsanker zu sein.

Aber auch innerhalb Europas ist leider der Rechtspopulismus auf dem Vormarsch.

Solidarität - sollte daher das Jahr prägen. Solidarität mit den Menschen, die **hier bei** uns für sich und ihre Familien eine Perspektive suchen, Solidarität mit allen, die eine besondere Unterstützung bedürfen.

Auf diese komplexen und komplizierten Herausforderungen kann man nicht mit einfachen, simplen Antworten reagieren, so wie es einige Menschen in Deutschland glauben.

Denn diese Antworten sind es meistens keine **neuen Antworten**, sondern einfache, teilweise menschenverachtende Parolen.



Daher sind wir auch vor Ort, in den kommunalen Gremien aufgerufen, unserer **demokratischen Verantwortung** gerecht zu werden.

Bei allen unterschiedlichen politischen Einstellungen, sollte immer die sachliche Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen überwiegen.

Für den Kreistag Borken glaube ich sagen zu können, dass das hier gute Praxis ist. Wir kommen hier zusammen, um positiv die Rahmenbedingungen für die Menschen, ihre Familien, ihr Berufsumfeld mitzugestalten.

Um so erstaunter – ja verärgert waren wir, das der Vertreter der AfD nun von uns fordert, wir sollen ein „**Zeichen für Meinungstoleranz und politische Vielfalt**“ setzen. Herr Seifen, das ist hier gelebte Praxis. Wir setzen uns teilweise auch hart für unsere politische Ziele ein. Jeder lässt den anderen ausreden. Und wenn der „politische Gegner“ das anders sieht, und den Weg den wir beschreiten wollen nicht mitgehen will, dann ist das so. Niemand wird dafür „beschimpft“. Wir verlassen gemeinsam den Saal und können weiterhin „vernünftig“ miteinander umgehen. Niemand fühlt sich „beleidigt“. „bedroht“ oder sogar als „Opfer“. Das ist „Meinungstoleranz“ und „politische Vielfalt“, und nicht ihre Ausführungen in dem „Antrag“ der neben einer fragwürdigen Wortwahl auch Unwahrheiten beinhaltet.

Und zur „Meinungstoleranz“ und „politischer Vielfalt“ gehört auch das Demonstrationsrecht der Bürgerinnen und Bürger und die Arbeit von Redakteuren, die über Veranstaltungen berichten. Das wird „Gott sei Dank“ in Deutschland seit dem Ende des zweiten Weltkrieges praktiziert und wurde auch durch das Grundgesetz festgeschrieben. Und das soll auch so bleiben.

Wir verstehen den Kreistag und seine Gremien offen und vorbehaltlos für alle Bürgerinnen und Bürger und erwarten das ebenso von der Verwaltung – von der Spitze bis zum Sachbearbeiter. Und das ist hier „gelebte Praxis“.

Gemeinsam gut im Kreis Borken leben – das war in 2016 und wird auch 2017 unsere Maxime sein.



Ein Beispiel ist hier das Hochwasser im Kreis Borken im „Sommer 2016“ .

Unser Mitgefühl gilt den Menschen die davon betroffen waren. Unser großer Dank gilt dem Krisenstab im Kreis Borken und den vielen Rettungskräften und freiwilligen Helfern die schwer gearbeitet haben um weitere Wassereinbrüche zu verhindern und den in Not geratenen Menschen zu helfen. Es ist schön in einem Kreis zu leben in dem „Hilfe zu leisten“ eine Selbstverständlichkeit ist.

Diese Gemeinsamkeit, in unseren Städten und Gemeinden, die mit ihren Mitarbeitern im letzten Jahr vor schier unübersehbaren Aufgaben standen, der unermüdliche Einsatz der vielen Ehrenamtlichen, war und ist beispielhaft!. **Ohne das Ehrenamt hätten wir wohl z.B. nirgendwo im Kreis die Herausforderungen der Migration erfolgreich annehmen können. Es gilt deshalb mein ausdrücklicher Dank an alle, die sich hier eingebracht haben und weiter einbringen.**

Es gilt aber auch von unserer Seite das Ehrenamt aktiv zu unterstützen und soweit möglich, bürokratische Hürden zu senken.

Gemeinsam gut leben im Kreis Borken – das bildet dieser Haushaltsplan ab – daher wird die SPD-Fraktion diesem Entwurf für das Jahr 2017 **zustimmen**. Auch wenn wir uns wünschen, dass sich die Mehrheit im Kreistag für den gleichen Hebesatz entscheidet, der auch in 2016 durch den Nachtragshaushalt erhoben wurde. Darüber werden wir gleich entscheiden. Auch wenn wir den gleichen Hebesatz beschließen werden unsere Kommunen durch die höhere Bemessungsgrundlage ohnehin schon stärker belastet als in 2016.

Auch die Kreisverwaltung hat hier Vorbildliches geleistet. Daher wird die SPD-Fraktion dem **Stellenplan** zustimmen. Wenn wir die Zahlen sehen,



dann können wir ungefähr erahnen, wie hoch die Belastung in den Ämtern im letzten Jahr gewesen ist und auch noch sein wird.

Gemeinsam gut im Kreis Borken leben

Das fängt bei den **Kleinsten** an. Der Ausbau der **Tagesbetreuung** ist hier ein wichtiger Baustein. Allerdings gibt es auch im Beruf der Erzieherinnen und Erzieher Nachwuchsorgen. Eine Überlegung muss sein, wie die Ausbildung dazu attraktiver gestaltet werden kann, damit mehr junge Leute für diesen wichtigen Beruf gewonnen werden können.

Die **Schulen** im Kreis stehen vor großen Herausforderungen im Bereich der Integration und der Inklusion. Das wird uns noch viele Jahre Anstrengung kosten. Soweit wir im Kreis dafür zuständig sind, plädiert die SPD ganz entschieden dafür, dass die Lasten der Inklusion und Integration nicht nur von wenigen Schulformen getragen werden sondern sich alle beteiligen müssen. Der Auftrag zur gelebten Integration und Inklusion geht an die ganze Gesellschaft und deshalb auch an alle Schulen! Je breiter die Basis für Inklusion und Integration ist, desto weniger Konzentration und Häufung von Kindern mit Handicaps und Migrationshintergrund in wenigen Klassen und Schulformen stattfindet, desto besser kann diese Herkulesaufgabe bewältigt werden und ihrem eigenen Anspruch genügen!

Gut gemeinsam leben im Kreis Borken, das setzt neben den Bildungsangeboten gute Arbeit in Wirtschaft, Verwaltungen und Industrie voraus. Datenautobahnen, Gewerbeflächen, einen funktionstüchtigen ÖPNV, sind nur einige Voraussetzungen für Firmen – aber auch für junge Menschen, die hier für sich und ihre Familien ihren Lebensmittelpunkt sehen.

Das setzt auch ein gesundes Umfeld voraus.

Ein wichtiges Thema ist das **Grund- und Trinkwasser**. Ich zitiere aus dem „Gelsenwasser Blog“ vom 07.11.2016:



Wer auf dem Land lebt, kennt den Gestank: Gülle! Schon seit Jahren stinkt es der EU-Kommission in Deutschland viel zu oft. Zu viel Dünger in Form von Gülle sorgt nämlich nicht nur für beißende Geruchsbelästigungen, sondern auch für langfristige Umweltschäden. Die Nitrat-Belastung des Grundwassers gefährdet unser Trinkwasser. Denn über 70 Prozent des Trinkwassers in Deutschland wird aus Grundwasser gewonnen. Laut Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001) darf ein Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter nicht überschritten werden. In vielen Regionen werden zu hohe Nitratwerte gemessen – und das seit Jahren. Deshalb hat die EU jetzt **Klage** gegen die Bundesrepublik Deutschland eingereicht.

Jetzt droht Deutschland möglicherweise eine hohe Strafe. Den französischen Nachbarn ergeht es bereits so. Der EU-Klage wurde stattgegeben und derzeit verhandelt Frankreich über das Strafmaß: Zwei bis drei Milliarden Euro sind wohl im Gespräch. Wenn sich die EU durchsetzt, könnte eine solche Summe nach einem EuGH-Urteil auch auf Deutschland zukommen. Zudem könnte das Urteil dann Auflagen enthalten, die Deutschland bei einer Gesetzesreform umsetzen müsste – was die Gestaltungsfreiheit aus deutscher Sicht sogar stark einschränken könnte.

Wir brauchen jetzt endlich konsequente Entscheidungen zur wirksamen Nitratreduzierung und ein Düngerecht, dass vor Ort eine Reduzierung der Nitratbelastung sicherstellt. So wichtig eine konsequente und den EU-Vorgaben entsprechende Düngeverordnung auch ist: Sie wird das grundsätzliche Problem, das sich aus der Intensiv-Landwirtschaft und der Massentierhaltung auch für die Gewässer ergibt, nicht lösen. Der massive Preisdruck auf landwirtschaftliche Erzeugnisse wird jedenfalls nicht zu einer nachhaltigeren Nutzung der Böden führen. Was wir deshalb eigentlich brauchen, ist, analog zur Energiewende, eine konsequente **Agrarwende**.

Gemeinsam mit der Landwirtschaft müssen wir alle als Verbraucher diesen Bewusstseinswandel unterstützen. Immer preiswertere Angebote beim Fleisch und anderen Nahrungsmitteln zu fordern und dann die Strukturen und Erzeugung anprangern – geht nicht! Immer mehr Masse zu produzieren, um rentierlich zu bleiben, ist keine Perspektive!



Anrede,

Im letzten Jahr haben wir hier wichtige Entscheidungen – zugegeben oft nach zähen Verhandlungen – getroffen.

Wir haben jetzt die finanzielle Hilfe des Landes für das kommunale Integrationszentrum. Die Arbeit wurde bereits aufgenommen und wird noch weiter ausgebaut.

Die Einführung des **Sozialtickets** ist sehr erfolgreich, wir können dabei von einer echten **Win-Win-Situation** sprechen:

- Menschen mit wenig Geld können sich relativ preisgünstig im Kreis mit Bus und Bahn bewegen,
- Verkehrsunternehmen haben deutlich höhere Umsätze, denn in den 4 Münsterlandkreisen hat das Sozialticket ca. 1 Mio. mehr Umsatz erbracht, ohne dass zusätzliche Fahrten erforderlich wurden!

(Das hätten wir aber auch schon einige Jahre eher haben können.)

Ich möchte noch auf einen weiteren positiven Aspekt der Förderung des Landes hinweisen:

Mit der Novellierung des ÖPNV Gesetzes in NRW ist der Flächenansatz bei der Berechnung der **ÖPNV-Pauschale** geändert worden, das bedeutet für den Kreishaushalt, dass einiges mehr in das Verkehrsangebot fließen kann.

Wir möchten mit diesen zusätzlichen Landesmitteln, die gesetzlich verankert und dynamisiert worden sind, den Nahverkehr in unserer Region weiterentwickeln.

Die SPD- Fraktion wird sich, wie bisher auch schon, aktiv an der Neuaufstellung des **Nahverkehrsplans** für den Kreis Borken beteiligen, denn ein **guter, qualitätsvoller ÖPNV** ist das Rückgrat einer Region und wird im Zuge der demografischen Entwicklung und des Werbens um Fachkräfte immer wichtiger. Allerdings müssen wir auch intensiv über die Fahrpreise reden.



Bereits in meiner HH-Rede im letzten Jahr habe ich darauf hingewiesen, dass wir uns für die Einführung eines halbwegs bezahlbares Azubi-Ticket einsetzen müssen. Hier müssen dicke Bretter gebohrt werden. Der Weg zu Schule, Ausbildungsbetrieb und Ausbildungsstätte, ein Besuch bei Freunden und Verwandten, Freizeit und Kultur -

für junge Menschen gibt es viele gute Gründe, unterwegs zu sein. Hierbei sind sie mehr noch als andere Gruppen auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen. Junge Menschen haben ein Recht auf Mobilität – unabhängig von ihren Eltern

Mobilität ist ein Teil der in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegten Rechte auf Selbstbestimmung und Chancengleichheit. Aktuell sind explizit ältere Schüler/innen und Azubis bei den durchschnittlichen Ausgaben für den ÖPNV unter Berücksichtigung ihrer Zahlungsfähigkeit im Verhältnis zu anderen Personengruppen deutlich stärker belastet. Lassen Sie uns dazu eine Lösung finden. Die Preise für Azubi-Tickets unterscheiden sich kaum von den Preisen die die „normalen Abo-Kunden“ zahlen müssen.

Im **Sozialbereich** kann der Kreis auf ein gutes flächendeckendes Netz unterschiedlicher Hilfsangebote verweisen. Es gibt weiterhin viel zu tun. Insbesondere fehlen nach wie vor in den Kommunen **unabhängige Pflegeberatungsstellen**. Hier muss schnellstens etwas passieren. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt und die Beratungssuchenden benötigen einen unabhängigen Ansprechpartner der ihnen direkt – ohne Hürdenlauf durch verschiedene Institutionen - die Möglichkeiten der Hilfestellungen aufweisen kann.

Der Kreis hat dankenswerter Weise die in den nächsten Jahren zu erwartenden Zahlen der Menschen, die Pflege benötigen vorgelegt. Bis zum Jahre 2030 werden z.B. rd. 3.200 Personen zusätzlich auf diese Hilfe angewiesen sein. So steigt die Zahl diese Personenkreises von 19.800 (2015) auf 14.000 (2300).

Neben der räumlichen Unterbringung müssen wir mithelfen, dass im Kreis die erforderlichen helfenden Hände – sprich das nötige Pflegepersonal zur Verfügung steht.



Für uns gilt: Allgemeinwohl geht vor „mein Wohl“.
Eine große Baustelle ist die **ärztliche Versorgung** im Kreis
Hier wird schon einiges getan. Der „Praxismonat“ ist ein gutes Beispiel dafür. Vielleicht gibt es aber noch andere Möglichkeiten. Das muss ausgelotet und diskutiert werden.

Eine andere Baustelle ist: **bezahlbarer, ausreichender Wohnraum**
Damit Einzelpersonen, Familien mit Kindern, etc. bezahlbare Wohnungen im Kreis finden, müssen wir auch im Kreis überlegen, ob wir hier etwas tun können. Immerhin hat der Kreis Borken Anteile an der Wohnbau Westmünsterland e.G.
Kreisbauverein GmbH
Bocholter Heimbau e.G..
Außerdem sind im Haushalt 2017 Finanzerträge aus der Beteiligung an der Wohnbau Westmünsterland e.G.geplant.

Hier erwarten wir von der Verwaltung einen Bericht welche Betätigungsfelder die Gesellschaften haben. Können uns diese Anteile die Möglichkeit eröffnen **bezahlbaren Wohnraum** zu schaffen, damit auch diejenigen eine Wohnung finden, die finanziell nicht so gut gestellt sind?

Im übrigen hatte die CDU und FDP Fraktion in 2013 bereits einen Antrag gestellt, den Verkauf der Anteile an der Kreisbauverein GmbH zu prüfen. Auch damals sind Fragen über die Betätigungsfelder gestellt worden, die die Gesellschaft hat. Leider kann ich mich nicht daran erinnern, zu welchem Ergebnis diese Prüfung geführt hatte. Auch in den Protokollen konnte ich hierzu nichts finden. Die Antwort der Verwaltung hierzu kann allerdings in dem Bericht erfolgen, den wir haben wollen. Wir werden hierzu einen Antrag stellen.

Anrede,

abschließend darf ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung unseren Dank für die geleistete Arbeit in 2016 aussprechen.



Lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen der nächsten Jahre angehen. Zeigen wir, dass wir für alle Bevölkerungsgruppen ansprechbar sind.

Auch bei aller unterschiedlicher politischer Einstellung und Entscheidung im Einzelfall, sollten wir Keinem das Gefühl des „Abgehängt werden“ vermitteln -

Nur so können wir demonstrieren, dass im Kreis Borken kein Platz für **braune Rattenfänger** ist.

Herzlichen Dank.